

Der tiefe Fall der Juso-Initiative

Klassenkämpferische Volksvorstösse stürzen in der Schweiz trotz dem Linkstrend der letzten Jahre immer noch ab

HANSUEL SCHÖCHLI

Die Schweiz ist vermutlich über die letzten zehn bis fünfzehn Jahre linker geworden. Reformen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts haben an der Urne mehr Mühe als früher, die Verteilung des Kuchens erscheint wichtiger als dessen Herstellung, und statt Selbstverantwortung sind eher Selbstbedienung und Staatshilfe angesagt.

Doch der Klassenkampf nach dem Motto «Die Reichen sind die Bösen» und «Ohne Reiche würde es allen anderen viel besser gehen» ist nach wie vor nicht mehrheitsfähig. Das zeigte sich an diesem Abstimmungssonntag beim jüngsten Versuch der Linken im Rahmen der Erbschaftssteuerinitiative der Jungsozialisten. Die Initiative forderte eine nationale Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögensteilen über 50 Millionen Franken. Die Erträge wären für die Umweltpolitik zu verwenden. Die Botschaft der Initianten war deutlich: Schwerreiche wollen wir nicht – sie sollen gefälligst ärmer werden oder sich verzieren.

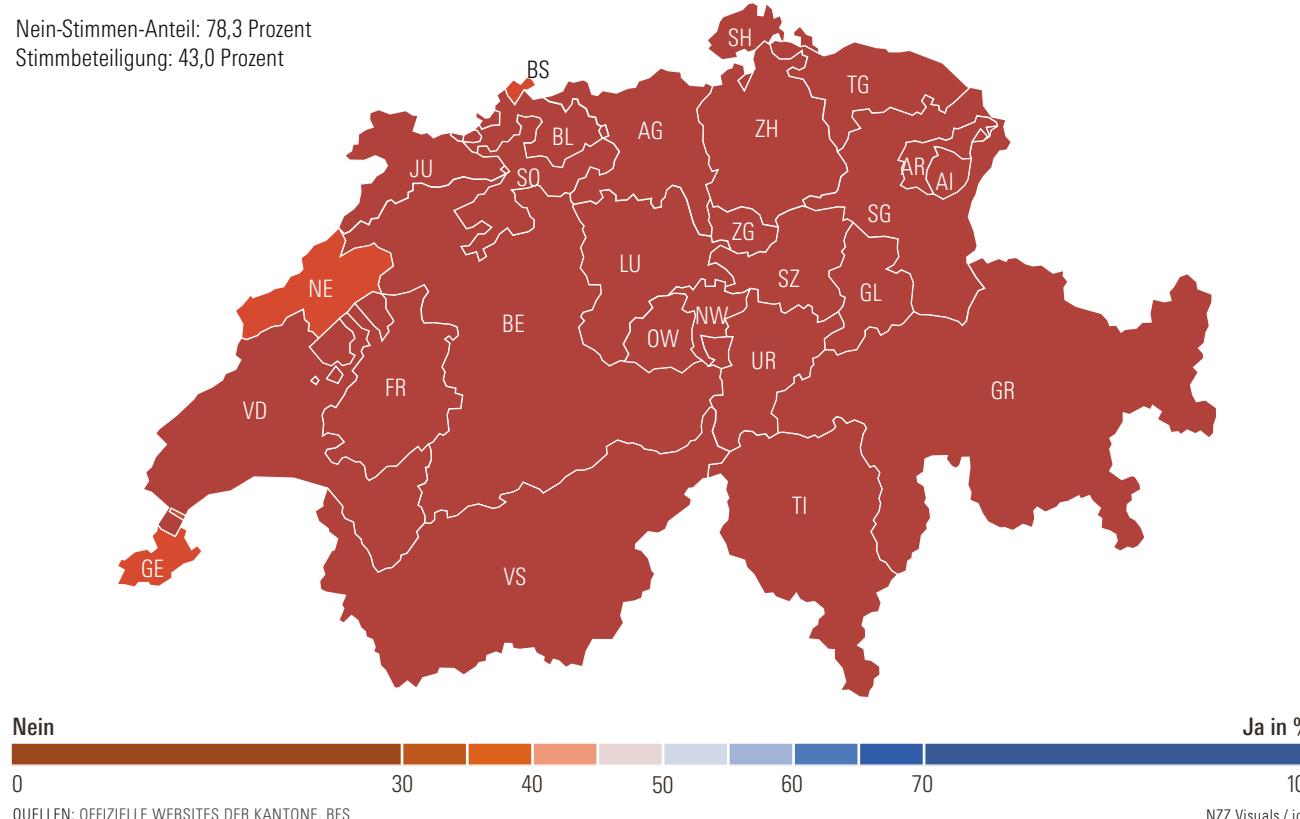
Die direkt betroffenen von der Initiative wären nur wenige gewesen: Gemäss Bundesgeschätzungen haben etwa 2500 Personen versteuerte Vermögen über 50 Millionen Franken – und damit knapp ein halbes Promille aller Vermögenssteuerpflichtigen. Und dennoch erreichte die Erbschaftssteuerinitiative nicht 99,5 Prozent Ja-Stimmen, sondern nur knapp 22 Prozent. In allen Kantonen gab es Nein-Mehrheiten. Wie üblich stimmte die Westschweiz linker als die Deutschschweiz, doch auch in der Romandie gab es massive Nein-Mehrheiten. Besser sah es für die Initianten in den linken städtischen Hochburgen aus. In der Stadt Bern erreichte die Vorlage eine knappe Ja-Mehrheit (50,7 Prozent). In Lausanne gab es rund 48 Prozent Ja-Stimmen und in der Stadt Zürich knapp 42 Prozent.

Die Mehrheit denkt weiter

Das Ergebnis ruft erneut nach einer alten Frage der Politikwissenschaft: Warum lehnt die Mehrheit eine Vorlage ab, die auf den ersten Blick nur einer kleinen Minderheit zu schaden scheint und mehr Geld für die Mehrheit verspricht? Die erste Antwort: Die Urnen-

Überwältigende Mehrheit gegen Erbschaftssteuerinitiative

Nein-Stimmen-Anteil: 78,3 Prozent
Stimmbevölkerung: 43,0 Prozent



gänger sind mehrheitlich nicht so simpel gestrickt wie die Urheber gewisser Initiativen. Viele Bürger wissen oder ahnen: Wenn wir die Reichen enteignen, demotivieren, abschrecken und vertreiben, bremst das die Wirtschaftsentwicklung und schadet damit auch der breiten Bevölkerung. Das sagt nicht nur das volkswirtschaftliche Lehrbuch. Das lehrt auch die Geschichte der letzten 100 bis 150 Jahre. Der Haupttreiber der Entwicklungsschübe in Europa und der Welt war nicht etwa radikale Umverteilung. Zentral waren vielmehr wirtschaftliche Freiheiten, Investitionen, Innovationen und Bildung.

Klassenkampf in der Wohlstandsgesellschaft Schweiz erscheint gekünstelt. Die Aktivisten versuchen zwar stets, das Bild einer desolaten Lage zu zeichnen, doch die Realität ist eine andere: Den Ärmsten und dem Mittelstand geht es im Vergleich zu früher und im Vergleich zu den meisten anderen Ländern deutlich besser, die Lebenserwar-

tung ist laufend gestiegen, und die allgemeine Lebenszufriedenheit ist immer noch hoch. Das ist kein guter Nährboden für Revolutionen. Mediale Zerrbilder über die angeblich schlechter werdende Lage für den Mittelstand finden zwar laut Umfragen Resonanz bei Bürgern – doch bis anhin nicht genug, um weitgehende Juso-Initiativen mehrheitsfähig zu machen.

Starker KMU-Effekt

Die Gegner der Erbschaftssteuerinitiative konnten zudem Säulenheilige in den Zeugenstand rufen: die KMU (Klein- und Mittelbetriebe). Der von der Initiative verlangte Steuersatz war so hoch, dass die Abschreckungswirkung offenkundig erschien. Wer zum Beispiel von seinen Eltern einen Betrieb im Wert von 200 Millionen Franken erbte, müsste für die Erbschaftssteuer 75 Millionen Franken bezahlen. Dass dies die Übergabe von Familienbetrieben an die nächste

Generation massiv erschweren würde, liegt auf der Hand. Ebenso wie die Befürchtung von starken Fehlanreizen bei potenziell Betroffenen: Wegzüge, Investitionshemmungen, Abschreckung von Zuzügen. Diese Bedenken spielten bei den Gegnern der Initiative laut der jüngsten Umfrage im Vorfeld des Urnengangs eine zentrale Rolle.

Die Bürgerlichen waren wie bei früheren Klassenkampf-Initiativen geschlossen dagegen. Das erschwerte den Kampf für die Initianten. Denn gemessen an den Wählerstärken der Parteien ist die Mehrheit der Urngänger immer noch eher bürgerlich als links; allerdings haben sich Parteien in der Mitte eher nach links verschoben – außer in der Ausländerfrage.

Unter Ökonomen geniesst die Erbschaftssteuer bei moderaten Sätzen (weit unter 50 Prozent) im Vergleich zu anderen Steuern erhebliche Sympathien. Auch aus dem liberalen Postulat von möglichst gleichen Startchancen für

alle lässt sich ein Argument für die Erbschaftssteuer ableiten. Doch manche Bürger scheinen die Erbschaftssteuer als eher ungerecht zu empfinden.

Die Geschichte wiederholt sich

So erlitt 2015 eine frühere linke Volksinitiative für eine Erbschaftssteuer von 20 Prozent auf Vermögensteilen über 2 Millionen Franken ebenfalls Schiffbruch – mit 71 Prozent Nein-Stimmen. Der verlangte Steuersatz lag zwar deutlich unter dem Satz der jüngsten Initiative, doch dafür war der Kreis der Direktbetroffenen viel grösser. Die Nachbefragungen von 2015 hatten gezeigt, dass längst nicht nur potenziell betroffene Bürger die Initiative ablehnten. Die gegnerischen Argumente, wonach das betreffende Substrat schon mehrfach besteuert worden sei und die Zusatzsteuer eine Gefahr für die KMU darstelle, waren auf breite Resonanz gestossen.

Ein jüngeres Beispiel für eine klar gescheiterte Klassenkampf-Initiative lieferte die 99-Prozent-Initiative der Jungsozialisten. Diese forderte eine deutliche Erhöhung der Besteuerung von Kapitaleinkommen. Die Initianten gaben vor, der Vorstoß diene der grossen Mehrheit (darum der Titel «99-Prozent-Initiative»). Doch am Tag des Urnengangs war das Projekt gemessen am Ja-Stimmen-Anteil zur 35-Prozent-Initiative geschrumpft. Praktisch gleich war es 2013 der Juso-Initiative zu 1:12-Löhnen ergangen – mit gut 65 Prozent Nein-Stimmen. Diese hatte gefordert, dass der Höchstlohn in einem Unternehmen nicht mehr als das Zwölffache des betrieblichen Tiefstlohns ausmacht.

Die Jungsozialisten erklärten am Sonntag ohne sichtbare Ironie, dass sie «gestärkt» aus dem jüngsten Abstimmungskampf hervorgingen: Man habe «unzählige» Neumitglieder gewonnen und eine landesweite Debatte ausgelöst.

Für die Einschätzung, wie weit die Schweiz allenfalls nach links gerutscht ist, taugen andere Initiativen viel eher als Härtetest. So zum Beispiel die von der SP jüngst angekündigte Initiative für eine stärkere Umverteilung via Prämiensubventionen bei den Krankenkassen. Oder die vom Mieterverband angekündigte Initiative für eine breitere Umsetzung der Kostenmiete. Man kann in beiden Fällen gespannt sein.